

(Minister Rauber)

hat und wer nicht, es sollte uns nicht bloß um die Quantität, sondern mindestens genauso um die Qualität der Internetnutzung gehen. Meiner Beobachtung nach ist die Kluft zwischen denjenigen Onlinern, die kompetent und informationsorientiert das Internet nutzen, und denjenigen, die es nur zur Zerstreuung und Unterhaltung nutzen, in den letzten Jahren spürbar größer geworden. Ich bin daher ausdrücklich der Meinung, dass wir bei aller Bejahung des Internets nicht einer allzu unkritischen Interneteuphorie auf den Leim gehen sollten. In der allgemeinen Diskussion wird Internet meiner Meinung nach viel zu oft mit Wissen verwechselt. Was viele übersehen: Im Internet findet man nur Informationen und kein Wissen. Wissen entsteht dann, wenn man die Informationen auch richtig anwenden und interpretieren kann. Doch auf vielen Schreibtischen von Jugendlichen und Kindern - so ist jedenfalls mein Eindruck - ersetzt der PC in Wirklichkeit lediglich den persönlichen Fernseher. Es kommt also nicht auf die Quantität, sondern mehr auf die Qualität an. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass dieses Medium pädagogisch richtig eingesetzt wird und dass es für sinnvolle Zwecke genutzt wird.

Wir sollten stolz darauf sein - das hat Bernd Wegner in seinem Beitrag angeschnitten -, dass unsere Kinder und Jugendlichen neben dem Internet auch noch andere sinnvolle Freizeitbeschäftigungen haben. Ich denke, wir sollten die Kirche im Dorf lassen. Die Internetbuchhandlung ersetzt noch lange nicht das Blättern in den Büchern der Buchhandlung um die Ecke, und die Internetapotheke ersetzt auch in Zukunft nicht die persönliche und kompetente Beratung des Apothekers vor Ort. Und das Chatten im Netz ersetzt noch lange nicht die persönliche Begegnung auf dem Sportplatz oder auf dem Marktplatz.

Abschließend möchte ich - hoffentlich auch in Ihrer aller Namen - der Landesmedienanstalt in der Person von Dr. Gerd Bauer und dem Mediennetzwerk Saar-Lor-Lux für die Durchführung des Projektes Onlinerland Saar herzlich danken. Ebenso gilt unser Dank den zahlreichen Projektpartnern sowie den Sponsoren, die diese Kampagne in den vergangenen Jahren tatkräftig unterstützt haben. Seien Sie versichert, dass wir Ihren Beitrag auch zu schätzen wissen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass das Saarland auch in Zukunft verstärkt online geht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Lawall:

Der Herr Minister hat seine Redezeit voll ausgeschöpft - mit 20 Minuten. Danach schließen wir jetzt die Aussprachen und kommen zur Abstimmung.

Zunächst über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 13/1017 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 13/1017 bei Zustimmung von SPD, FDP und Bündnis 90/Grünen und bei Gegenstimmen der CDU-Landtagsfraktion abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion, Drucksache 13/1035. Wer für die Annahme des Antrages der CDU-Landtagsfraktion ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag der CDU bei Stimmenmehrheit von CDU, aber Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gegenstimmen von SPD- und FDP-Landtagsfraktion angenommen ist.

Wir kommen nun zu den Punkten 8, 19, 20 und 21 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Der Ausbildungspakt wirkt - Chancen für Jugendliche durch gemeinsames Engagement (Drucksache 13/1021),

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Der Ausbildungspakt hat seine selbst gesteckten Ziele verfehlt - neue Wege zur Schaffung von Ausbildungsplätzen sind erforderlich (Drucksache 13/1025),

Beschlussfassung über den von der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Berufsausbildung sichern - Perspektiven für junge Menschen schaffen (Drucksache 13/1041),

Beschlussfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Jugendarbeitsschutzgesetz praxisingerecht gestalten (Drucksache 13/1039).

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Alexander Funk das Wort.

Abg. Funk (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Jugendliche haben am Freitag oder bereits vier Wochen vorher ihre Ausbildungsstelle angetreten. Sie gehören damit zu den Glücklichen, die einen der begehrten Plätze erhalten haben. Leider sind nach wie vor zahlreiche Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist in diesem Jahr nicht einfacher geworden; so ist die Zahl der gemeldeten Stellen zurückgegangen, die Zahl der Bewerber jedoch gestiegen. Damit standen Ende August 2006 7.637 Bewerbern um einen Ausbildungsplatz gerade einmal 5.675 gemeldete Ausbildungsplätze gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Bewerber um 3 Prozent, die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze verzeichnet ein Minus um 4,3 Prozent. Es ist zu hoffen, dass durch die Nachvermittlungssaktion bis Ende September und weitere Anstrengungen über diesen Zeitraum hinaus diese Schere sich noch deutlich schließen wird.

Nach den mir vorliegenden Prognosen kann man erwarten, dass das Vorjahresergebnis von 8.177 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen nochmals übertroffen wird. An dieser Zahl wird auch deutlich, dass man, wenn man diese Ausbildungsplatzsituation bewerten will, nicht nur nach den gemeldeten Ausbildungsstellen gehen kann - denn viele Betriebe melden ihre Ausbildungsplätze nicht mehr -, sondern entscheidend sind die tatsächlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge, und da ist das Saarland nach wie vor bundesweit an der Spitze.

Allerdings, auch das schränke ich ein, sind die Rolle der überbetrieblichen Ausbildung sowie die neuen Aktivitäten der ARGEN und des optierenden Landkreises St. Wendel nicht zu unterschätzen. Deren Ausbildungsplatzangebot ist allein von 2005 auf 2006 um 15 Prozent gesteigert worden. Die gemeinsamen Anstrengungen und das Werben neuer Ausbildungsstellen im Rahmen des Paktes "Chancengarantie - Pakt für Ausbildung Saarland" haben sich in den vergangenen Jahren gelohnt. Als eines der ersten Bundesländer wurde 2004 im Saarland noch vor dem nationalen Ausbildungspakt die enge Zusammenarbeit auf regionaler Ebene durch einen Pakt zwischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Verband Saarländischer Unternehmen und der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit vereinbart. Der Pakt wurde im Jahr 2005 um den Landkreistag erweitert und wird seitdem auch von den Kammern der freien Berufe unterstützt. Auf Grund des Erfolges des saarländischen Paktes, insbesondere auch bei der Nachvermittlung der Ende September noch unversorgten Jugendlichen, wurde der Ausbildungspakt in diesem Jahr erneuert und eine Chancengarantie ausgesprochen.

Auch in diesem Jahr muss das Ziel sein, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen in unserem Land ein Ausbildungsplatzangebot zu machen. Durch eine gemeinsame Kraftanstrengung der Politik und aller anderen gesellschaftlichen Gruppen wird dieses Ziel auch in diesem Jahr erreicht. Die Devise heißt: Klinken putzen für mehr Ausbildungsplätze. Alle Akteure müssen an einem Strang ziehen und an die Betriebe appellieren, Ausbildung

(Abg. Funk)

nicht als Kostenbelastung, sondern als Investition in die Zukunft zu sehen. Allen Jugendlichen müssen durch das gemeinsame Engagement Chancen eröffnet werden.

In diesem Zusammenhang weise ich erneut ausdrücklich auf die Verantwortung der Arbeitskammer und des Deutschen Gewerkschaftsbundes hin. Es ist ein Skandal, wenn eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die jedes Jahr Millionen an Zwangsbeiträgen kassiert, aus rein politischen Gründen nicht bereit ist, an diesem Ausbildungspakt mitzuwirken, nicht bereit ist, im Interesse der Jugendlichen aktiv zu werden.

(Beifall von der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Baldauf (FDP).)

Die IHK hat vor kurzem zwei Stellen geschaffen, die nur dazu da sind, neue Ausbildungsstellen in Betrieben zu akquirieren. Vielleicht sollte die Arbeitskammer ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit etwas reduzieren und statt dessen Ausbildungsplätze akquirieren, es würde unserem Land mehr dienen.

(Beifall bei der CDU.)

Und es ist eine Unverschämtheit, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund, der im Glashaus sitzt und selbst unzureichend ausbildet, ebenfalls aus rein politischen Gründen nicht am Ausbildungspakt mitmacht und sich dann über die fehlenden Ausbildungsplätze beschwert. Wir fordern die Gewerkschaften und die Arbeitskammer auf, endlich am Ausbildungspakt mitzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU.)

Dafür ist es nie zu spät. Wir müssen uns darauf einstellen, dass auch in den nächsten Jahren die Situation auf dem Ausbildungsmarkt sehr angespannt bleibt. Erst ab dem Jahr 2010 sinkt die Zahl der jungen Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren wahrnehmbar von zum Beispiel 118.400 im Jahre 2009 auf 112.000 im Jahre 2013. Deshalb ist es notwendig, alle Möglichkeiten zu nutzen, um jungen Menschen eine Ausbildungschance zu bieten und gleichzeitig aber Vorsorge dafür zu treffen, dass im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts dem Arbeitsmarkt auch genügend ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Eine besondere Problemgruppe am Ausbildungsmarkt stellen die Jugendlichen dar, die das allgemeine Bildungswesen ohne Hauptschulabschluss verlassen. Es sind rund 1.000 junge Menschen - es waren im Jahr 2003/2004 8,9 Prozent eines Schulentlassjahrganges -, die jedes Jahr aus dem allgemeinen Bildungswesen mit relativ geringen Chancen auf einen Ausbildungsplatz entlassen werden. So weisen zum Beispiel allein im Stadtverband Saarbrücken unter den arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren 26 Prozent keinen Hauptschulabschluss auf. Dass hierfür häufig persönliche und familiäre Ursachen ausschlaggebend sind, sollte hier nicht unerwähnt bleiben. Dennoch muss es Ziel der Bildungspolitik sein, diesen Anteil deutlich zu senken. Je früher die Förderung und Betreuung dieser jungen Menschen, insbesondere auch der mit Migrationshintergrund, einsetzen, desto größer die Chancen, Schulversagen zu vermeiden. Im Hinblick auf die steigenden Qualitätsanforderungen in der Wirtschaft, aber auch in der öffentlichen Verwaltung, gilt es jedoch generell, den Anteil der Schulabgänger mit höherwertigen Abschlüssen deutlich zu steigern.

Die saarländische Landesregierung ist mit ihrer Politik wie beispielsweise mit "Früh Deutsch lernen" oder der Verlässlichen Grundschule mit ausreichend Förderstunden auf dem richtigen Weg. Wir fordern die Landesregierung auf, trotz schwieriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch in den nächsten Jahren weiterhin ihr Engagement, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, fortzusetzen.

Wir stellen fest, der Ausbildungspakt wirkt. Durch gemeinsames Engagement ist es möglich, Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu helfen. Es wäre wünschenswert, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen oder Anstalten des öffentlichen

Rechts zu dieser Erkenntnis gelangen könnten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Lawall:

Herr Abgeordneter Eugen Roth wird nun den Antrag der SPD-Landtagsfraktion begründen.

Abg. Roth (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir haben das Thema Ausbildungspakt in mehreren Plenardebatten sehr kritisch erörtert. Ich stimme durchaus der Überschrift des Antrages der Mehrheitsfraktion zu, die lautet "Der Ausbildungspakt wirkt". Ich füge aber an, wie wirkt er denn?

Bevor ich zu ein paar kritischen Anmerkungen komme und auch zu unserem eigenen Antrag, sei mir noch einmal in aller Deutlichkeit der Hinweis gestattet: Es geht bei diesem Thema nicht darum, diese Initiative per se schlecht zu reden. Es geht vielmehr darum, ob eine solche weiche Regelung, eine solche freiwillige Absprache angesichts der sich entwickelnden Problemdimension allein geeignet ist, der Problematik eines wachsenden Bewerberpotenzials und eines sinkenden Ausbildungsplatzangebotes gerecht zu werden - ja oder nein. Und da meinen wir, nein, es kann alleine nicht helfen.

Insofern, stellen wir fest, hat nach unserer Beurteilung der Ausbildungspakt auch im Saarland - übrigens auch im Bund - seine selbstgesteckten Ziele, jeder und jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten, verfehlt. Und das ist keine Bösartigkeit des Redners, sondern man muss sich die Statistik angucken. Aktuell im Monat August gibt es bei der Bundesagentur für Arbeit 5.700 gemeldete Ausbildungsplätze. Das heißt, das ist wiederum um 250 oder 4,2 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahr gesunken, also verringert worden. Umgekehrt ist die Nachfrage gestiegen. Wir haben 7.600 Jugendliche, die sich bei der Bundesagentur registrieren lassen. Das sind 200 oder 3 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. Auf dieser Basis schätzt die Arbeitskammer, dass man für ein auswahlfähiges Angebot rund 19 Prozent an zusätzlichen Ausbildungsstellen bräuchte. Das wäre wahrscheinlich eine knapp vierstellige Zahl. Wenn Sie allen Ernstes sagen, der Ausbildungspakt hat gewirkt und man das als Wirkung und damit quasi als etwas Positives in den öffentlichen Raum schiebt, dann hat man die Entwicklung irgendwie nicht ganz richtig analysiert, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Ich möchte ein paar Leute zitieren, die das zumindest so ähnlich sehen wie ich. Das sind Leute, die nicht der Sozialdemokratischen Partei angehören. Ich möchte zunächst den Kollegen Ulrich Schacht, den Vorsitzenden der CDA, zitieren, der Mitte August öffentlich eine Ausbildungsplatzabgabe ins Gespräch gebracht hat und gesagt hat: Beschwerden können sich dann nur diejenigen, die nicht ausbilden. Also dürfte sich eigentlich niemand beschweren.

(Zuruf des Abgeordneten Hartmann (FDP).)

Ich möchte allerdings auch, um einmal ein bisschen höher zu gehen, die Vorsitzende der CDU Deutschlands und Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, zitieren, die beim Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 24. Mai Folgendes gesagt hat.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis aus dem dazu angefertigten Protokoll. Frau Dr. Merkel: Wenn wir über den Arbeitsmarkt reden, geht es eben - wir haben gerade im Kabinett darüber gesprochen - auch um den Ausbildungspakt. Es geht um die Chancen von jungen Leuten, in das Berufsleben hineinzukommen. Der Ausbildungspakt ist im Augenblick in einem Zustand, mit dem wir nicht zufrieden sein können, zu dem jeder seinen Beitrag leisten muss. - Zitat Ende.

(Abg. Spaniol (B 90/Grüne): Aha! - Vereinzelt Beifall bei der SPD.)